

Ähnliche Fälle, andere Elle

VON JOSEF JOFFE

Es gibt keinen Zweifel daran, daß Augusto Pinochet seine Diktatur auf Mord und Folter errichtet hatte. Ebensowenig Zweifel darf man gegenüber Abdullah Öcalan hegen. Für die Sache seiner PKK hat er bedenkenlos Terror verübt – in der Türkei wie auch im Ausland. An Öcalans Händen klebt gewiß soviel Blut als an denen des chilenischen Ex-Diktators.

Und doch widerfährt beiden nicht das Gleiche. Pinochet, so die britischen Law Lords, darf ausgeliefert werden: an Spanien, wo seine Opfer ihm den Prozeß machen wollen. Dagegen Öcalan: Er befindet sich in Italien praktisch auf freiem Fuß und wird wohl niemandem ausgehändigt werden. Die Türkei wird ihn nicht kriegen, weil Italien nicht an Todesstrafen-Länder ausliefert. Die Bundesrepublik, die seit Jahren einen Haftbefehl gegen den Kurdenführer laufen hat, möchte ihn plötzlich nicht mehr haben. Immerhin wird Öcalan die „mittäter-schaftliche Beteiligung“ an sechs Mordanschlägen in Deutschland angelastet.

Ähnliche Fälle, andere Elle. Deshalb darf man skeptisch sein, wenn der britische *Economist* die Entscheidung der Lordrichter als „Riesenschritt“ auf dem Weg zur internationalen Rechtsstaatlichkeit feiert. Die *rule of law*, wie es bei den Angelsachsen heißt, bedeutet vorweg, daß *gleiches* Recht gesprochen wird – ohne Ansehen der Personen, Interessen und Machtverhältnisse. So die Magna Carta von 1215, wo erstmals festgeschrieben wurde: Der König steht nicht über dem Gesetz, auch er muß sich ihm beugen. Deshalb trägt Justitia die Augenbinde.

Hat dieses hehre Prinzip in dieser Woche gesiegt? Oder war es vielleicht doch wieder *politics as usual*? Betrachten wir die Entscheidungsabläufe, wird die Antwort leider ganz klar. Im Fall Bundesrepublik contra Kurdenchef ändert keine noch so fein ziselierte Interpretation etwas am traurigen Faktum, daß Justitia die Waage unter den Tisch geschoben und ihre Augenbinde weggelegt hat, um allein realpolitisch zu entscheiden.

Kein deutscher Politiker wird es offen ausdrücken, doch die Motive können klarer nicht sein. Die Bundesrepublik hat sich vorausseilend zur Geisel ihrer eigenen Kurden- und Türkengemeinde erklärt. Ein Prozeß gegen Öcalan, so die Sprachregelung, würde beide Seiten reizen, sie in den Krieg gegeneinander und gegen den deutschen Staat treiben. Als dritte Partei, so ein prominenter Grüner, würden sich die „Glatzköpfe“ – die Neo-Nazis – einmischen, um Stimmung gegen alle Ausländer und das neue Staatsbürgerrecht zu machen.

„Glatzen“ und „Bärte“

Ob diese Annahme richtig ist, sollte man debattieren und nicht einfach unterstellen. Ebenso wäre es zu erörtern, ob und wann ein Staat gegenüber gewaltbereiten Bürgergruppen (ob „Glatzen“ oder „Bärte“) zurückweichen darf. Aber diese Klärung dürfen wir uns ersparen, weil Öcalan hier nicht vor Gericht erscheinen wird. Das Interesse geht vor.

Doch hat die Interessen- und Machtfrage auch im Fall Pinochet eine viel ärgerliche Rolle gespielt als Weltrechts-Enthusiasten sich eingestehen mögen. Weder in England (das über die Auslieferung noch entscheiden muß) noch in Spanien (wo auf Pinochet der Richter wartet) leben Hunderttausende von Links- und Rechts-Chilenen, die aufeinander und auf die Staatsgewalt losgehen könnten. Überdies ist Pinochet ein schrecklich bequemer Schurke, dem niemand auch nur den geringsten mildernden Umstand einzuräumen bereit ist – zum Beispiel, daß Allende auf seinem „Weg zum Sozialismus“ gegen den Willen der Mehrheit marschierte und so eine Bürgerkriegssituation heraufbeschwor, in der die Rechte dann als erste zuschlug. Dafür sind wir

umso mehr bereit, den Terror eines Öcalan zu verstehen, weil der doch nur die Antwort auf die türkische Unterdrückung sei. Langsam wird so aus dem Verbrecher ein Freiheitskämpfer, den es erst recht nicht zu belangen gilt.

Doch geht es hier nicht darum, Ironisches über ideologische Sympathien auszugießen, sondern darum, den Kern der Sache zu beleuchten. Ob Pinochet oder Öcalan (oder der Schlächter Kabila im Kongo, der gerade Gast Frankreichs ist): Aus all diesen Fällen läßt sich so schwer ein Fundament für die nationenüberwölbende Gerichtsbarkeit zimmern, weil hier Recht und Gerechtigkeit unentwinnbar mit Interesse, Ideologie und Politik verwoben sind. Das heißt: Justitia wird *nie* blind sein, sondern stets irgendwie politisch entscheiden, was leider den Zynismus mehr stärkt als das Recht.

Risiko nur für Diktatoren a. D.

Hat der Pinochet-Entscheid diesen uralten Knoten wirklich gekappt? Wohl kaum. Die Law Lords haben lediglich verfügt, daß Diktatoren *im Ruhestand* keine Immunität genießen. Toll. Die einzige Lehre, welche die jetzt ziehen dürfen, ist es, die Bandscheiben fürderhin daheim operieren zu lassen.

Die Missetäter, die im Amt sind, haben aber nichts zu befürchten: Jiang Zemin (Tienanmen), Castro (40 Jahre Diktatur), Arafat (Terror der 70er Jahre), Milosevic (Angriffskrieg), Kabila (Massenmord im Kongo), Jelzin (Tschetschenien). . . Denn mit diesen Herren müssen wir Geschäfte machen, den Frieden schützen oder Afrika retten; die dürfen wir keinesfalls verhaften, wenn sie demnächst nach Bonn/Berlin kommen. Da müssen wir wieder ganz realpolitisch sein – und das ist richtig so. Staaten, die einander Haftbefehle überreichen oder gar übereinander zu Gericht sitzen, sind weder politik- noch friedensfähig. Sie würden so die Voraussetzung ihres Verkehrs vernichten.

Können wir uns nicht wenigstens Schurken wie Karadzic oder Mladic schnappen – wegen Völkermordes und „ethnischer Säuberung“? Die sind doch nicht mehr im Amt. Könnten wir, aber da müßten wir einen richtigen Krieg entfesseln – gegen das serbische Bosnien oder gar gegen Belgrad. Soviel Blut aber ist uns die Gerechtigkeit nicht wert, und auch das ist die richtige Abwägung. Aber man sieht: Je mehr Fälle man beleuchtet, desto heftiger tritt das Politische hervor und die Gerechtigkeit zurück.

Gewiß: Es ist geradezu eine Perversion unseres Rechtsempfindens, daß ein „normaler“ Verbrecher wegen eines einzigen Mordes rund um den Globus verfolgt werden kann, derweil der Massenmörder in Uniform oder Cut straffrei bleibt, ja nicht einmal angeklagt wird. Es stärkt aber auch nicht das Rechtsempfinden, wenn nur die bequemen Schurken siestiert werden und die vielen, vielen Öcalans aus politischen Gründen unbelahlig bleiben. Das ist, war und bleibt das Urproblem aller übernationalen Gerichtsbarkeit. Könnte dann das neue internationale Strafgericht helfen?

Politischen Pressionen wäre es leider genauso ausgesetzt wie die nationale Gerichtsbarkeit. Selbst wenn das Gericht auf Tonga tagte, wäre der Terror interessierter Parteien nicht zu verhindern – gegen das Gericht selbst, die Heimatländer der Richter oder die Staaten, welche die künftigen Öcalans dorthin auszuliefern gedächten. Der Schwarze Peter würde genauso hin- und hergeschoben werden wie heute.

Ein echtes Weltgericht setzt den Weltstaat voraus. Das ist die pure Utopie. Können wir uns dieser aber wenigstens nähern? Nur dann, wenn nicht jeder kleine Schritt wie der Pinochet-Entscheid durch die kalte Interessenpolitik à la Öcalan wieder konterkariert wird.